



Wir protestieren gegen die Verschwendung von Kirchensteuern.

Wir hören, dass mit der Einführung des NKF eine zuerst schleichende, jetzt explodierende Kostensteigerung einhergeht, die zu der Wahnsinnssumme von 18,54 Millionen Euro angewachsen ist. Wir hören Klagen, dass die Mitbestimmung bei der Einführung der neuen Arbeitsmethoden zum NKF missachtet wird. Wir hören von Einführungsseminaren, die über die Köpfe der Mitarbeitenden hinweg gehen und schlecht präsentiert sind. Wir hören, dass der für den öffentlichen Dienst von der Firma Kienbaum prognostizierte, dauerhafte Personalmehrbedarf nach Einführung des NKF auch in unserer Kirche entsteht. Wir hören, dass in Dienststellen die auf das NKF umgestellt haben, bereits jetzt die Mittel für dringende Stellenaufstockungen fehlen.

Wir schwanken zwischen Sorge und Ärger angesichts der anhaltenden Verschwendung unserer Kirchensteuer. Den Schaden von Personalunterbesetzung und Schulungsdefiziten haben unsere Kolleginnen und Kollegen. Sie allein bezahlen Versäumnisse und Fehleinschätzungen mit einer unerträglichen Arbeitsverdichtung.

Wir fordern, dass eine Vertretung der Mitarbeitenden in den Struktur- und Finanzausschüssen der Kirchenkreise und Landeskirche selbstverständlich wird.

Wir protestieren gegen die Geldvernichtung im BBZ.

Schon der Kauf des BBZ war ein Ärgernis,- er wurde durch die Ausgliederung von Dienstleistungen mit kirchlichen Arbeitsplätzen „bezahlt“. Nun werden wenigstens 20 Millionen € zusätzlich zur Deckung von verantwortungslosem Tun bereitgestellt. Wir hören, dass die Gelder immer noch nicht ausreichen. Wir hören, dass alleine die vorübergehende Nachfolge für Herrn Immel, eine außertarifliche, astronomisch hohe „Gage“ verschlingt. Wir entnehmen den Berichten der Regio-MAVen, dass diese Misswirtschaft in den Kirchenkreisen zu einem Glaubwürdigkeitsverlust in die Reformanstrengungen unserer Kirche geführt hat.

Wir haben kein Verständnis dafür, dass unsere Kirche statt in Arbeitsplätze zu investieren; erhebliche Summen für ein fragwürdiges Krisenmanagement bereitstellt. Die Leidtragenden sind in erster Linie die Beschäftigten. Sie tragen zwar keine Verantwortung für die Fehler, erleiden aber die negativen Auswirkungen unmittelbar. Das muss sich ändern.

Wir fordern eine Unternehmensmitbestimmung auch in unserer Kirche. Wir fordern den Einstieg in Gespräche zu Regelungen, die eine Vertretung der Mitarbeitenden in den Aufsichtsgremien vorsieht. Wir wollen per Mitbestimmung dazu beitragen, dass der Einsatz von Kirchensteuermitteln dem Erhalt von Arbeitsplätzen in unserer Kirche dient. Wir wollen nicht nur Randbemerkungen zu Katastrophen machen dürfen und weiterhin erleben, dass Fehlentscheidungen mit dem Verlust von Arbeitsplätzen bezahlt werden.